

II-6377 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES
Zl. 30.037/74-V/3/1988

1010 Wien, den 12. Jänner 1989
Stubenring 1
Telefon (0222) 75 00
Telex 111145 oder 111780
P.S.K. Kto.Nr. 5070.004
Auskunft

2962 IAB
1989 -01- 16
zu 2999 IJ

Klappe - Durchwahl

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten HAIGERMOSER, Mag. HAUPT betreffend
Arbeiterkammerzugehörigkeit der Beschäftigten landwirtschaftli-
cher Genossenschaften (Nr.2999/J)

Zu Punkt 1 und 2 der Anfrage

"Sind Ihnen Bestrebungen bekannt, die Beschäftigten landwirt-
schaftlicher Genossenschaften aus dem Bereich der Arbeiterkam-
mern auszunehmen und den Landarbeiterkammern zuzuordnen?"

"Wenn ja, von wem wurde dies an Sie herangetragen und wie lau-
tet Ihre Stellungnahme?"

nehme ich Stellung wie folgt:

Die Zugehörigkeit von Dienstnehmern zu einer Arbeiterkammer oder
zu einer Landarbeiterkammer ergibt sich jeweils aus den Geltungs-
bereichsbestimmungen der diese Interessenvertretungen regelnden
Organisationsgesetze. Die Grundlage für die Abgrenzung der beiden
Bereiche gegeneinander bilden bundesverfassungsrechtliche Bestim-
mungen. Gemäß Artikel 10 Abs. 1 Z 11 sind unter anderem die Ange-
legenheiten der "Kammern für Arbeiter und Angestellte, mit Aus-
nahme solcher auf land- und forstwirtschaftlichem Gebiet" Bundes-
sache in Gesetzgebung und Vollziehung. Außerdem ist Sache des
Bundes die Gesetzgebung und die Vollziehung in Angelegenheiten
der beruflichen Vertretung für Dienstnehmer in Sägen, Harzverar-
beitungsstätten, Mühlen und Molkereien, die von land- und forst-
wirtschaftlichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften betrie-
ben werden, sofern in diesen eine bestimmte Anzahl von Dienst-
nehmern dauernd beschäftigt ist. Die Anzahl dieser Dienstnehmer

- 2 -

wird durch Bundesgesetz bestimmt (Bundesverfassungsgesetz BGBl. Nr. 139/1948). Sie beträgt gemäß § 5 Abs. 1 lit. b Arbeiterkammergesetz (AKG) wie im Landarbeitersgesetz 1984 fünf Dienstnehmer.

Entsprechend diesen bundesverfassungsrechtlichen Grundsätzen sind die im AKG bzw. in den Landarbeiterkammergesetzen enthaltenen Geltungsbereichsbestimmungen zu beurteilen.

Die Zuordnung zur betreffenden Kammer kann im Einzelfall nicht ohne eingehende Prüfung des Sachverhaltes getroffen werden. Für Streitfälle sehen sowohl das AKG als auch die Landarbeiterkammergesetze Verfahren vor, die letztlich der Kontrolle der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts unterliegen.

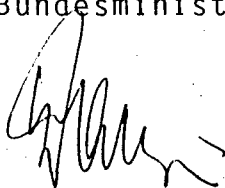
Bestrebungen, die Beschäftigten landwirtschaftlicher Genossenschaften aus dem Bereich der Arbeiterkammern auszunehmen und den Landarbeiterkammern zuzuordnen, sind mir nicht bekannt. Es könnte sich übrigens auch nur um jene Gruppen handeln, die nicht schon auf Grund der verfassungsrechtlichen Kompetenzabgrenzung zum land- und forstwirtschaftlichen Gebiet gehören.

Mir ist allerdings im Zuge der Erstellung der Verordnung über die Verteilung der Mandate auf die einzelnen Wahlkörper bekannt geworden, daß im Bundesland Salzburg seit 1984 eine Verschiebung der Kammerzugehörigkeit von der Arbeiterkammer zur Landarbeiterkammer erfolgte. Es handelt sich um im Güterwegebau beschäftigte Arbeitnehmer, die als Bedienstete des Landes Salzburg 1984 zur Arbeiterkammerwahl wahlberechtigt waren. Der Güterwegebau wurde inzwischen aus dem Landesdienst herausgelöst und einem Verband der Güterwegegenossenschaften im Bundesland Salzburg übertragen, der nunmehr auch Arbeitgeber dieser Dienstnehmer ist. Nach Mitteilung der Arbeiterkammer Salzburg waren auf Grund des Arbeitgeberwechsels das Land Salzburg, die Salzburger Landwirtschaftskammer, Arbeiterkammer und Landarbeiterkammer sowie die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter einvernehmlich der Auffassung, daß auf diese Dienstnehmer die Ausnahmebestimmungen des § 5 Abs. 2 lit. f AKG anzuwenden sind und sie daher der Landarbeiterkammer angehören.

- 3 -

Ein Verfahren gemäß § 5 Abs. 3 AKG darüber ist in meinem Ministerium nicht anhängig gemacht worden, sodaß ich eine Beurteilung dieser Zuordnungsveränderung nicht vornehmen kann.

Der Bundesminister:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'G. H. H.', written over the printed text 'Der Bundesminister:'.